

4 K 35/24



Beschluss Terminbestimmung

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Mittwoch, 2. Juli 2025, 09:15 Uhr,
im Amtsgericht Dudenstraße 10, Saal 11/EG,**

versteigert werden:

Das im Grundbuch von Rohrbach Blatt 576 eingetragene Grundstück

Lfd. Nr.	Gemarkung	Flur	Flurstück	Wirtschaftsart und Lage	Größe m ²
8	Rohrbach	2	118/4	Gebäude- und Freifläche, Dorfstraße 7	1008

Der Versteigerungsvermerk wurde am 06.08.2024 in das Grundbuch eingetragen.

Verkehrswert: 65.000,00 €

Detaillierte Objektbeschreibung:

Zweifamilienhaus mit Keller-, Erd-, Ober- und nicht ausgebautem Dachgeschoss mit Walmdach, Baujahr ca. 1935, direkt an das Nachbargebäude erbaut. Seinerzeit erbaut für einen Gaststättenbetrieb. Das Wohnhaus bildet mit den weiteren Flurstücken 121 und 118/3 eine Nutzungseinheit. Im hinteren Bereich befindet sich eine Doppelgarage, nur die linke ist auf diesem Grundstück erbaut. Die Gästetoiletten im Nachbarhaus 7 a stehen diesem Objekt zur Verfügung. Es besteht Unterhaltungs-, Modernisierungs- und Sanierungsbedarf. Die Bewertung erfolgte anhand einer Außenbesichtigung.

Ist ein Recht im Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte es spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss es auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger oder der Antragsteller oder bei einer Insolvenzverwalterversteigerung der Insolvenzverwalter widerspricht. Das Recht wird sonst im geringsten Gebot nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung des Anspruchs – getrennt nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten – einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärungen auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des vorbezeichneten Versteigerungsobjekts oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu erwirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.

Nähere Angaben zu dem Objekt und weitere Zwangsversteigerungsobjekte im Internet unter www.zvg-portal.de

Kontoverbindung für die Überweisung der Sicherheitsleistung:
Gerichtskasse Frankfurt am Main: Landesbank Hessen-Thüringen,
IBAN: DE73 5005 0000 0001 0060 30, BIC: HELADEFXXX,
unter Angabe des Kassenzweckens: **26914703058**.

Kautzsch
Rechtspflegerin